



Tüchtig für den Krieg?!

Die letzten Monate sind voll mit Aufrüstungs- und Kriegstönen. Deutschland müsse „kriegstüchtig“ werden, tönt der Kriegs- oder „Verteidigungs“minister Pistorius. Die Wehrpflicht wünscht er sich auch zurück. Er posiert auf einem Kriegsschiff der Bundeswehr, das sich auf den Weg macht ins Rote Meer „zum gefährlichsten Einsatz der deutschen Marine“ ... Dazu gab es am Wochenende wieder die „Sicherheitskonferenz“ in München, wo Regierungschef:innen und Minister:innen sich mit Lobbyist:innen der Waffenindustrie vernetzen, um über Weltlage und Aufrüstung zu debattieren.

Die Rüstungsindustrie boomt, mahnt aber schon, dass die 100 Milliarden „Sondervermögen“ auf keinen Fall reichen werden und der reguläre Militärhaushalt absehbar um zig Milliarden jedes Jahr wachsen solle. Sie planen für die nächsten 5 bis 10 Jahre ... und bereiten so neue mörderische Kriege vor. Deutschland ist drittgrößte Wirtschaftsmacht der Welt, spielt militärisch bisher aber eine untergeordnete Rolle. Das soll sich ändern. Und wir sollen darauf eingestimmt werden, die dafür nötigen Opfer zu bringen. Sogar über eine EU-Atombombe wurde diskutiert – auch wenn es vielleicht gar nicht dazu kommt, ist allen klar, das wäre nicht nur gefährlich sondern auch sauteuer, also soll man am Ende vielleicht froh sein, wenn nur weitere Milliarden in konventionelle Rüstung gepumpt werden?

Bundesregierung als Kriegstreiber

Scholz macht Rüstung zur „Chefsache“. Er hat persönlich bei der Grundsteinlegung einer neuen Munitionsfabrik von Rheinmetall zum Besten gegeben: „Es ist wichtig, dass wir alles dafür tun, die Produktion weltweit zu erhöhen“. Die Artilleriegranaten, die dort hergestellt werden sollen, kommen nicht nur in der Ukraine im Einsatz, sondern auch im Krieg gegen Hamas und die Zivilbevölkerung im Gazastreifen.

Die Arbeitenden hierzulande – wie überall – sollen für diese Kriege bezahlen. Die Regierung hat gewisse Schwierigkeiten das durchzusetzen, denn Kriege sind nicht gerade populär, es gibt immer wieder Proteste und Demonstrationen gegen die Aufrüstung und die Militärausgaben. Und alle haben sowieso schon die Nase voll, noch mehr zu zahlen und zu schufteten für immer weniger Geld.

Während die Regierung sonst überall von Schuldenbremse quakt und den Rotstift im Öffentlichen Dienst, bei Infrastruktur und Sozialleistungen ansetzt, sollen also die Militärausgaben weiter explodieren. Insgesamt plant die Regierung in diesem

Jahr rund 86 Mrd. für die Bundeswehr auszugeben und damit mehr als für Bildung, Gesundheit, Wirtschaft, Wohnen, Entwicklung und Umwelt zusammen!

Arbeitsteilung in der NATO?

Für die Bundesregierung war der russische Angriffskrieg auf die Ukraine vor 2 Jahren die Gelegenheit, längst bestehende Überlegungen aus der Schublade zu ziehen, wie der deutsche Imperialismus auch militärisch wieder eine führende Rolle in der Welt spielen kann. Dass die weitere Ukraine-Unterstützung der USA nun unsicherer wird, liefert einen neuen Vorwand. Die USA richten ihr Augenmerk eher auf den asiatisch-pazifischen Raum und hat in erster Linie China als Hauptkonkurrenten ausgemacht. Europa, das heißt die erste Wirtschaftsmacht Deutschland, soll in dieser Situation auch militärisch mehr „investieren“. Die Lage in der Ukraine ist katastrophal, Putin gibt nicht auf. Wie lange wird Selenskyj noch die Unterstützung des Westens haben?

Es geht um Macht, nicht um Menschenrechte

Dass es dabei um Machtspiele geht und nicht um den Schutz der ukrainischen Bevölkerung vor Putin, kann man auch daran erkennen, wie die Bundesregierung unverdrossen die mörderische Kriegsführung Israels in Gaza unterstützt. Inzwischen gibt es über 29.000 palästinensische Todesopfer. Darunter sind mindestens doppelt so viele unschuldig ermordete Zivilist:innen, wie es in der Ukraine in fast zwei Jahren Krieg gegeben hat! Und es könnte noch viel mörderischer werden, wenn Rafah, die letzte Stadt im Süden des Gazastreifens, auch noch angegriffen wird.

Die Beherrschung der Welt durch kapitalistische Großmächte ist die Ursache von all den Kriegen. Sie behaupten, es ginge um unsere Sicherheit. Doch es wird keine Sicherheit geben ohne Gerechtigkeit, ohne Abschaffung der kapitalistischen Ausbeutung!

Von Kolleg_innen für Kolleg_innen...

Was gibt's Neues von den Verhandlungen mit den „Nadelstreifenhörnchen“?

Man weeßet nich. Die Jungs von der GDL und der DB hatten versprochen, bis 3. März still zu verhandeln. An das Versprechen halten die sich.

Man kann also nur spekulieren, wofür die so lange brauchen: um die Gegenforderungen und Verschlechterungen der DB einzutüten? Um mit der EVG und der Politik das Problem des Tarifeinheitsgesetzes vom Tisch zu kriegen? Um sich auf eine einheitliche Linie bei der Arbeitszeitverkürzung zu verständigen? Seriöse Infos sind willkommen.

Routine tötet die Leidenschaft

Sowohl Weselskys Jungs als auch Seiler und sein Assistent Weh verhalten sich nach dem üblichen Muster, das wir aus den letzten Jahren kennen. Erst werden ein paar Runden Beschimpfungen ausgetragen, dann wird hinter den Kulissen geschachert: reichen 10 Euro mehr als es bei der EVG waren? Laufzeit darf ein bisschen länger sein? 12-Tage-Zusatzurlaubsoption fällt weg, aber ab wann wäre es passend? Ab 1.1.2026? 35-Stunden-Woche gegen mehr Flexibilität bei der Dienstplangestaltung und Verschiebung der Teilzeit im Alter?

Aber vergessen *wir* nicht die Forderungen: 5-Tage-Woche und 555 Euro bei Laufzeit 12 Monate und mehr!

Würde der Verzicht auf die 12-Tage-Zusatzurlaubsoption was bringen und bringt die 35-h-Woche uns weiter? Was wäre das Richtige? Jeder kann sich das fragen.

Die Streiks hatten gezeigt, dass jeder seinen Ärger mit der DB hat und wir ne kurze Zündschnur haben. Wir werden sehn, was am Ende rauskommt...

Geld oder Leben?

Dadurch, dass bei der S-Bahn Dezember keine Freizeittage genommen werden durften, haben viele einen Berg vor sich hergeschoben. Bettel-SMS sind derzeit wieder en vogue, man kriegt kein Frei oder Resturlaub, obwohl man schon letztes Jahr vertröstet wurde, es gibt also wieder einen riesigen Bedarf an Leuten.

Auf Freizeit reagieren die im Bahntower allergisch. Deshalb betteln die, dass wir auf die Zusatzurlaubstage verzichten oder Überstunden ins Langzeitkonto verschieben oder schön billig für die Bahn auszahlen lassen oder am besten gleich die Arbeitszeit erhöhen.

Mehr Geld brauchen wir alle, regelmäßig jeden Monat, aber feste freie Tage zum Leben sind auch was wert!

Dann sprich mit der KI

Nach der Umorganisation sind die PEP nicht nur schlechter erreichbar. Es fehlt jetzt auch die menschliche Bindung. Früher war manchmal ne Absprache möglich, um das Leben zu erleichtern gegen die „Logik“ des „Systems“.

DB Cargo: Zerlegt und... profitabel?

Seit letzten Sommer ist bekannt, dass 1.800 Stellen gestrichen und Lokführer:innen in Cargo-Tochterunternehmen abgeschoben werden sollen, wo andere Tarifverträge gelten und die Arbeitszeitregeln beschissen sind. Die Lokführer:innen sollen künftig tagelang auf Schicht

sein mit mehreren auswärtigen Ruhen im Hotel. Leben adé. Der Vorstand von DB Cargo prügelt jetzt auf die Betriebsräte ein, damit die die toxischen Pläne absegnen. Es lebe der Profit! Der Wahnsinn von zerlegen, privatisieren und liberalisieren, den wir seit 30 Jahren kennen, geht in die nächste Runde.

An Widerworten und mahnenden Briefen von Betriebsräten und der EVG mangelt es nicht. Was noch fehlt sind kämpferische Betriebsversammlungen, Proteste oder sogar Streikaktionen (hallo GDL-Tarifrunde, du schlafendes Schneewittchen...).

Ist Mainz jetzt in Berlin angekommen?

Erst musste ein Fahrdienstleiter ärztlich versorgt werden, dann war das Stellwerk Schöneweide länger nicht besetzt. Ersatzpersonal fehlte.

Personalmangel ist deutschlandweit mittlerweile ein Problem. In den Betriebszentralen hat das seit Frühjahr 2023 stark zugenommen. Z.B. Halle-Kassel hat viele kleine Stellwerke und es gab Probleme. Man versucht das damit zu „lösen“, indem eher die Nachtschichten nicht besetzt werden oder der Verkehr runtergefahren wird. Rund um Frankfurt wurde wegen Personalmangel jetzt der Regionalverkehr ausgedünnt. Der Personalmangel als Vorwand, den öffentlichen Verkehr runterzufahren. Auf dass sich die Fahrgäste langsam dran gewöhnen und die Länder und Unternehmen sparen? In der Berliner BZ liegt die „Lösung“ darin, dass ein Kollege nen Platz mit übernimmt. Das lässt sich Netz 100 Euro pro Schicht auf nem Doppelbedienarbeitsplatz kosten. Das heißt doppelte Belastung oder schlimmer. Solche Doppelbedienarbeitsplätze verschleiern das Problem des Personalmangels. Noch.

Frankreich: SNCF kriegt Ärger ab

Letztes Wochenende haben die Zugbegleiter:innen der französischen Bahn 3 Tage gestreikt. Die Streikbeteiligung lag bei 70%. Die Zugbegleiter:innen fordern mehr Geld, Einstellungen und bessere Arbeitsbedingungen. Das Problem dazu ist, dass sie 40% ihres Gehaltes über Zuschläge bekommen. Das heißt, sobald sie krank sind, verlieren sie diese Zulagen. Die Presse hat von „Geiselnahme“ gesprochen, weil der Streik genau zu Beginn der Urlaubszeit in Frankreich lief. Schon Dezember 2022 gab es einen großen Streik. Aber die Leitung der SNCF hat die Leute mit leeren Versprechungen abgeföhstückt, Angesichts dieser Missachtung durch das Management hatten die Kolleg:innen schon vor Monaten angekündigt, dass sie ihr Streikrecht nutzen werden.

Die Bewegung ist nicht zu Ende: bon courage, les collègues !

Wir fahren zusammen. Wir streiken... nacheinander?

Im ÖPNV gehen die Streiks bundesweit weiter. Einen Höhepunkt wird es am 1. März geben. An dem Tag ist auch Klimastreik mit vielen Protesten und Fridays For Future hat zu Solidarität mit den ÖPNV-Kolleg:innen aufgerufen. Aber bei uns ist dann noch „Friedenspflicht“ bis 3. März...

Wenn dir das Flugblatt gefällt, dann gib es doch an Kolleginnen und Kollegen weiter und schreib an:

flugblatt_bahn@gmx.de || www.zugfunke.sozialismus.click



|| Facebook: Der Zugfunke

V.i.S.d.P.: Florian Sund, Schmarjeestr. 17 14169 Berlin